

GABI ZIMMER

## Auch in Sachen Europäische Union gilt: Linke Politik sucht keine einfachen Antworten auf komplizierte Fragen

Den Bewohnerinnen und Bewohner der schönen Stadt Lissabon war keineswegs zu gönnen, dass der im Jahre 2000 aufgelegten Lissabonstrategie mit ihren Fortschreibungen auch noch im Dezember 2007 der Lissabonner Vertrag folgte.

Dieser soll nun offiziell „den Eintritt in den neuen Programmzyklus (2008-2010) der erneuerten Lissabonstrategie für Wachstum und Beschäftigung“ befördert haben.

Jedoch kam auch der Europäische Rat vom März 2008 nicht umhin, in jüngster Zeit verschlechterte gesamtwirtschaftliche Perspektiven zu thematisieren und insbesondere die Konjunkturabschwächung in den Vereinigten Staaten, die gestiegenen Öl- und Rohstoffpreise sowie die anhaltenden Turbulenzen auf den Finanzmärkten zu beklagen. Daher sollen die Strategien zur Vollendung und Vertiefung des Binnenmarkts mit mehr Konsequenz und höheren Tempi fortgesetzt werden. Ein zunehmend gut funktionierender Binnenmarkt soll helfen, die Herausforderungen insbesondere der Bevölkerungsalterung, des Klimawandels und der Energieversorgung zu meistern. Mehr Stabilität der Finanzmärkte soll durch Maßnahmen möglich werden, die die Transparenz und das Funktionieren dieser Märkte stärken und das Aufsichts- und Regelungsumfeld weiter verbessern.

### Die Europäische Union als Herausforderung für linke Politik annehmen

Ergo: Besser funktionierende Märkte sollen unter den Bedingungen der Globalisierung strukturelle Probleme lösen, obwohl das Anwachsen dieser Probleme gerade damit zu tun hat, dass eher auf Marktregulierung statt auf Regulierung von strukturellen Entwicklungen gesetzt wurde. Den damit verbundenen sozialen, politischen und Ressourcenproblemen bzw. -konflikten wird dann insbesondere mit immer mehr Überwachung,

Repression und Aufrüstung begegnet. Die Sprache der „Europäischen Sicherheitsstrategie“ ist eindeutig: „Wir müssen eine Strategiekultur entwickeln, die ein frühzeitiges, rasches und wenn nötig robustes Eingreifen fördert.“ Der Lissabonner Vertrag sagt unmissverständlich: „Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern.“

Nun könnte man aus alledem schlussfolgern, dass man „gegen die EU“ sein müsse. Das wäre auch nur folgerichtig, würde man „Europäische Union“ ausschließlich mit „Marktradikalismus“ und Sozialdumping, mit Naturzerstörung, Repressionen und „militärische Aggressionspolitik“ gleichsetzen. Allerdings kann der Alltag in der Europäischen Union nicht auf diese zweifellos gefährlichen Entwicklungstendenzen reduziert werden. Daher wäre man ebenso zweifellos mit dieser verkürzten Sichtweise in einer noch viel geringeren gesellschaftspolitischen Minderheit als es die Linken ohnehin sind.

Hoffnungsvoller und politisch verantwortungsvoll hingegen wäre es, nach politischen Handlungsmöglichkeiten zu suchen, um gegen die zerstörerischen Tendenzen vorzugehen, um soziale, ökologische und globale Probleme demokratisch und gerecht zu mildern und schrittweise zu lösen.

Bei der Suche nach den derartigen Handlungsmöglichkeiten sind alle politischen Ebenen wichtig. Zum einen, weil es Zusammenhänge zwischen ihnen gibt, zum anderen weil „Politik machen“ immer bedeutet, darum zu ringen, dass die eigenen Interessen bzw. die Interessen besonderer sozialer oder politischer Akteure in der Auseinandersetzung mit anderen Interessen nachhaltig zur Geltung gebracht werden: Wenn es also darum geht, den am meisten sozial Ausgegrenzten Hilfe zu erweisen, muss man sich ihre Probleme aneignen, gemeinsam mit ihnen gegen die Problemverursacher opponieren und darum ringen, dass ihre politische und soziale Position in der Gesellschaft gestärkt und verändert wird.

Die Verarmung der öffentlichen Haushalte von Kommunen und Regionen, die so beförderte Privatisierung

öffentlicher Leistungen und damit verbundene Verluste an demokratischen Gestaltungs- und politischen Steuerungsmöglichkeiten haben eindeutig auch mit EU-Politik zu tun. Nun aber vor allem die EU für den dadurch begünstigten Rechtsextremismus verantwortlich zu machen, hilft kaum, einen wirksamen Kampf gegen die örtlichen Neonazis zu führen. Und der Ruf nach mehr Nationalstaat lässt außer Acht, dass es die Regierungen der EU-Mitgliedsländer waren bzw. sind, die die EU-Politik zu verantworten haben. Vielfach spielen sie auch „über die Bande“, wie sich in vielen Fällen wie z. B. bei den Arbeitsmarktreformgesetzen nachweisen lässt: Was man im eigenen Land schlecht realisieren kann, organisiert man über „Europäische Richtlinien“, um dann mit Verweis auf Brüssel entsprechende Gesetze durchzudrücken.

Weil es die Linken nicht vermocht haben, dagegen relevante gesellschaftliche Kräfte zu mobilisieren und für attraktive politische Alternativprojekte zu gewinnen, lautet auf Grund der nunmehr entstandenen Problemdimension und Verflechtung der in der Europäischen Union mächtigsten politischen, ökonomischen und militärischen Akteure die Alternative: Entweder weitere Zuspitzung aller sozialen, ökologischen und menschheitlichen Probleme durch die Europäische Union oder einen Politikwechsel erkämpfen, der es ermöglicht, das Potenzial der EU für gerechte und solidarische Problemlösungen zu erschließen.

In den 27 EU-Mitgliedsländern leben ca. 492 Millionen Menschen. Jede/r siebente ist von Armut betroffen. Fast jedes 5. Kind ist arm und ein Drittel der Kinder von Alleinerziehenden. 21% der Frauen und 16% der Männer über 65 Jahre verbringen ihren Lebensabend als Arme.

Aber die Europäische Union produziert fast 20% des globalen Bruttoinlandsproduktes. Ihr Anteil am Welt-handel beträgt ca. 12%. Allein 15 Länder der Europäischen Union tätigen 45,2% der ausländischen Direktinvestitionen und haben einen Anteil am Weltkapitalimport von über 20%. 17,8% des Weltenergieverbrauchs entfällt auf die Europäische Union. Sie produziert 27,5% der Klima schädigenden Kohlendioxid-Emissionen. Die Europäische Union stellt fast ein Viertel der militärischen Armeen weltweit! Sie hat völkerrechtswidrig militärisch interveniert und prägt ihre Angriffsfähigkeit weiter aus.

Für die Antwort auf die Frage nach der Alternative ist es außerordentlich wichtig, ob die Linken in Deutschland erstarken und europäisch verantwortungsvoll handeln. Deutschland produziert ca. 20% des Bruttoinlandsproduktes der EU. Sein Anteil an den Exporten der Union beträgt 85%, an den Importen 63,7%. 19,4% des EU-Energieverbrauchs und 13,3% ihrer Klima schädigenden Kohlendioxid-Emissionen entfallen auf Deutschland. Die Bundesrepublik Deutschland stellt

13,6% des EU-Truppenkontingents und 41,6% ihrer militärischen Ausrüstungen! Aber sie leistet nur – deutlich nach oben manipulierte – 0,35% BIP offizielle Entwicklungshilfe!

Soll das Potenzial der EU demokratisch für solidarische und gerechte Problemlösungen erschlossen werden, muss man „Ja!“ zur europäischen Integration und „Nein“ zu ihren vertraglichen Grundlagen sagen.

Dass man das kann, haben sozialistische Parteien und andere linke Kräfte bewiesen. Dabei erkennen sie durchaus an, dass die Mehrheit der Europäerinnen und Europäer sowie Millionen Menschen außerhalb der EU-Grenzen „Europäische Union“ mit Hoffnungen auf Sicherheit in individueller Freiheit verbindet, auf stabile Demokratie und wirtschaftliche Fortschritte, auf Beiträge zur Lösung dringlichster sozialer, ökologischer und globaler Fragen.

Sie haben dafür ihre Gründe: Kriege unter den EU-Mitgliedsländern wurden ausgeschlossen, die Freizügigkeit und Mobilität sind für die meisten EU-Bürger/innen gewachsen. Ihr Leben ist interessanter geworden. Sie konnten bzw. können aus vielfältigen sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklungen Nutzen ziehen.

Doch Sozialistinnen und Sozialisten waren immer zu konkreter Opposition gefordert. Immer ging es insbesondere um den „Gemeinsamen Markt“ und damit um die Interessen der wirtschaftlich Mächtigsten. Zu keinem Zeitpunkt wurden konsequent soziale Nöte, ökologische Zerstörung und menschheitliche Bedrohungen bekämpft. Die EU ist immer mehr zur Verursacherin von Problemen geworden.

Nunmehr steht sie wieder einmal an einem Scheideweg: Die Unzufriedenheit und Enttäuschungen der Bürgerinnen und Bürger, insbesondere in den neuen Mitgliedsländern, lassen die Bereitschaft schwinden, sich demokratisch und verändernd in die Entwicklung der Europäischen Union einzubringen. Das wird von jenen in den Konzernzentralen, in den formellen und informellen Gremien des internationalen Kapitals genutzt, die die EU lediglich zur Freihandelszone bzw. zum spezifischen Wirtschaftsraum machen wollen. Sie verstehen sich nur allzu gut mit jenen Militärkreisen, Überwachern und Polizeistaatlern, die die „europäische Ressourcenversorgung“, den „wirksamen europäischen Grenzschutz“ und die „Europäische Sicherheit“ mit modernsten militärischen und Überwachungsmitteln gewährleisten wollen.

Damit ist die Herausforderung für demokratische Sozialistinnen und Sozialisten, für moderne Linke klargestellt: Sie müssen sich als internationalistische Europäerinnen und Europäer erweisen, als Anhänger/innen der europäischen Integration. Dabei übersehen sie keinesfalls, was seit der „Einheitlichen Europäischen Akte“ und insbesondere seit der Unterzeichnung des

Maastrichter Vertrages bis hin zur Zeremonie von Lissabon im Dezember 2007 geschehen ist und weiterhin geschieht:

- Dringende soziale, ökologische und globale Probleme wurden und werden ignoriert oder so inkonsequent diskutiert und behandelt, dass sie letztendlich nicht notwendig gelindert und insgesamt weiter angewachsen sind.

- Die „Herausforderungen der Globalisierung“ und damit die „Vervollkommnung des Gemeinsamen Marktes“ sind in das Zentrum der Gesellschaftspolitik gestellt. Damit werden der Wirtschafts- und Sozialpolitik neoliberale „Korsettstangen“ eingezogen und der Einfluss der Weltmärkte auf das gesellschaftliche Leben erhöht.

- Die Militarisierung der Europäischen Union wird forciert, ihre Rolle als militärischer globaler Akteur nimmt zu.

- Während die Rechte des Europäischen Parlamentes und Elemente der BürgerInnenbeteiligung erweitert werden, wachsen politisch produzierte „Sachzwänge“, observierende und repressive Elemente in den Gesellschaftspolitiken. Die Tendenzen zur Abschottung und restriktiven Regulierung von Asyl und Migration gewinnen deutlich an Gewicht.

- Wichtige Fragen, die geklärt werden müssen, soll die Arbeits- und Funktionsweise der EU vervollkommen werden, werden aufgeschoben und bleiben unbeantwortet.

Diese Tatsachen wurden bzw. werden mit den Verträgen von Maastricht, Amsterdam, Nizza und Lissabon legitimiert und forciert. Wir haben sie abgelehnt wie auch den Entwurf der Europäischen Verfassung – aus inhaltlichen Gründen, nicht aus Prinzip. Das bedeutet jedoch nicht im Entferntesten, Fortschritte und neue Handlungsmöglichkeiten wie die Grundrechtecharta, die erweiterten parlamentarischen Rechte und die BürgerInnenbeteiligung gering zu schätzen. Im Gegenteil: Es kommt darauf, sie mit den Bürgerinnen und Bürgern und für sie zu nutzen!

Erste Schritte der EU zu einem glaubwürdigen globalen Dialog- und Kooperationsakteur wären – Forderungen der Linken sind:

- Die unverzügliche Auflösung der EU-Auffang- bzw. Internierungslager, die „Wirtschaftsflüchtlinge“ und andere „Europas Prosperität und Sicherheit Gefährdende“ fernhalten sollen,

- Importförderung nur für Waren, wenn die Herstellerländer alle Abkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), der Weltgesundheitsorganisation (WHO), das Kyoto-Protokoll etc. einhalten,

- Aufnahme der Menschenrechtsklausel in jeden Handels- und Wirtschaftsvertrag,

- Beendigung einer EU-Politik der ‚ungleichen Verträge‘, die neokoloniale Abhängigkeitsverhältnisse festigen und ausbauen,

- Sofortige Beendigung der EU-Militäreinsätze,
- unverzügliche Auflösung der Battle-Groups,
- ein Moratorium über die Europäische Sicherheitsstrategie,

- Schließung der USA-Militärbasen in den EU-Staaten,

- Unterbindung von Rüstungsexporten in Krisengebiete,

- Kürzung von Rüstungsausgaben, Konversion, Besteuerung von Rüstungsexporten,

- konsequente Schritte zur Demilitarisierung – insbesondere in der Entwicklungspolitik,

- Einführung der Devisenumsatzsteuer, deren Aufkommen den global Ärmsten zu Gute kommen soll,

- ein Moratorium über alle Verhandlungen und Verträge mit den Entwicklungsländern, wenn diese nicht der Realisierung der Millennium Development Goals dienen,

- konsequente Schritte hin zu einer solaren Energiewende.

## **Demokratisch und solidarisch für eine soziale, ökologische und zivile Europäische Union**

Im Folgenden stelle ich ein weiteres Angebot zur Diskussion, das den Austausch mit verschiedenen demokratischen Linken, interessierten Bürgerinnen und Bürgern über Alternativen zur herrschenden Politik unterstützen soll. Es geht von der Grundidee aus, dass die Europäische Union zu einem Raum neuer politischer Hoffnungen werden kann und muss. Dass ein „anderes Europa“ notwendig und möglich ist und entscheidend dazu beitragen würde, dass eine „andere Welt“ möglich wird. Dass eine soziale, ökologische und solidarische Neuausrichtung der EU nur dann Realität wird, wenn der politische Druck für demokratische Veränderungen, der von lokalen Initiativen bis hin zu europäischen Netzwerken ausgeht, auch von Abgeordneten im Europaparlament aufgegriffen wird und wenn sie sich um die Kommunikation, Vernetzung und Kooperation mit anderen demokratischen politischen und sozialen Akteuren bemühen.

Unsere Vision ist eine EU der Demokratie, des Friedens, der Ökologie, der Gleichstellung der Geschlechter, der sozialen Sicherheit und des nachhaltigen Wirtschaftens. In unseren Kämpfen verfolgen wir drei große Ziele:

- Wir wollen die Rahmenbedingungen nationalstaatlicher, regionaler und lokaler Entwicklung demokratisch gestalten.

- Wir engagieren uns für eine zukunftsfähige Entwicklung unserer Gesellschaften.

- Wir drängen darauf, dass Europa dafür sorgt, dass von europäischem Boden in Zukunft niemals mehr Krieg ausgeht.

Eine solche Entwicklung der Europäischen Union ist die Bedingung ihrer neuen Erweiterung.

Unserer Politik zur Umgestaltung der EU liegt eine umfassende Politik der Menschenrechte und der Rechte der Bürgerinnen und Bürger zugrunde, welche die Menschenrechtskonventionen der internationalen Gemeinschaft zum Ausgangspunkt nimmt und sie uneingeschränkt verwirklicht.

## **I. Für eine demokratische EU**

Als bewusste Europäerinnen und Europäer wollen wir erreichen, dass die Europäische Union auch auf der Ebene kommunaler und zivilgesellschaftlicher Politik als eine demokratisch veränderbare Instanz erfahren werden kann.

Alle Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt in der EU haben, können und müssen als Bürgerinnen und Bürger vollen Anteil am politischen Prozess haben. Sie können und sollen wirksam vor Diskriminierung geschützt werden. Benachteiligung nach Geschlecht, nach sozialer und ethnischer Herkunft, nach körperlicher Verfasstheit oder nach Weltanschauung und Religion muss offensiv und umfassend bekämpft werden.

Die kleinasiatische Prinzessin Europa aus der griechischen Mythologie war eine Frau – die Institutionen der EU sollen 2019 zu mindestens 50% durch Frauen besetzt sein. Sie war Migrantin. Migration gehört zum Alltag der europäischen Gesellschaften. Eine gute Regulierung kann und muss helfen, dass Migrantinnen und Migranten, ihre Heimatländer und die Europäische Union in gleicher Weise gewinnen. Mehrsprachig aufwachsende Kinder und Jugendliche sind eine Bereicherung, das Bildungssystem soll dafür die Voraussetzungen schaffen. Eine europaweite Demokratisierung von Bildung, Medien und Kultur ist an der Tagesordnung.

Das gilt auch für die überfällige Einführung von Volksentscheiden in das EU-Recht. Wirtschaftsdemokratie ist die Bedingung dafür, dass „die Wirtschaft“ tatsächlich den Menschen dient und damit auch dem Erhalt und der Gesundung natürlicher Lebensgrundlagen. Den Belegschaften der Betriebe und Einrichtungen muss ein Vetorecht gegen Entscheidungen gewährt werden, die ihre Interessen gefährden.

Weil wir wollen, dass die europäische Integration und die Demokratisierung der Europäischen Union gemeinsam voranschreiten, engagieren wir uns für eine breite demokratische Debatte über eine künftige Europäische Verfassung.

Der öffentliche Dienst in Europa ist eine entscheidende Bedingung konkreter Demokratie. Bürgerinnen und Bürger, ihre Interessenvertretungen, politische und

soziale Akteure, Parlamente sollen sich darüber verständigen und demokratisch entscheiden, was unter „öffentlichen Dienstleistungen“ zu verstehen ist und wie sie beschaffen sein sollen.

## **Erste Schritte**

Der Lissabon-Vertrag soll in einer Volksabstimmung zurückgewiesen werden können, die Grundrechte-Charta EU-weit verbindlich einklagbar werden. Das zu erweiternde Asylrecht muss als Individualrecht auf Asyl gewährleistet werden.

Eine breite öffentliche Debatte über die Alternativen der europäischen Politik auf allen Ebenen der politischen Auseinandersetzung – nicht primär in Brüssel, sondern überall vor Ort – ist gegenwärtig die zentrale Herausforderung.

## **II. Für eine soziale und ökologische EU**

Die überwiegende Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger möchte, dass die Europäische Union die Lebensbedingungen der Menschen verbessert. Lebensbedingungen sind immer zugleich ökonomischer, sozialer und ökologischer Natur. Wir wollen gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern den demokratischen Kampf gegen Armut, soziale Ausgrenzung, gegen (weiter wachsende) soziale Spaltungen und gegen die Lähmung der wirtschaftlichen Entwicklung aufnehmen. Zugleich wollen wir ihn mit dem Kampf um gesellschaftliche Solidarität, öffentliche Gesundheit, gegen Klimawandel und Artensterben verknüpfen.

**Alternative Wirtschaftspolitik** in der EU kann ganz erhebliche Mittel aufbieten, der makro-ökonomische Spielraum ohne Bedenken voll ausgenutzt werden. Zusätzliche Finanzierungsspielräume können geschaffen werden, insbesondere durch Einsparungen in der militärischen Rüstung.

Die Maastrichter Konvergenzkriterien dürfen nicht weiterhin eine sozial und ökologisch verantwortungsvolle Wirtschafts- und Sozialpolitik behindern. Die zu stärkenden öffentlichen Dienstleistungen erfordern ein wachsendes Steueraufkommen.

Die vorrangige Verpflichtung der EZB auf Preisniveaustabilität soll der vorrangigen Verpflichtung auf Entwicklungsförderung und Stabilisierung der Finanzmärkte weichen. Ein produktivitätsbezogenes Wachstum der Reallöhne muss zahlungsfähige Nachfrage stärken und Spielräume für Gewerkschaften mehren. Der Rat kann und soll die Wechselkurspolitik nutzen, um weltweite Ungleichgewichte in den Handels- und Leistungsbilanzen zu mildern. Die EU muss auf eine grundlegende Reform des Internationalen Währungsfonds hinwirken, vor allem durch Neuverteilung der Stimmrechte und Neuregelung der Stabilisierungspolitik.

Eine neue Art der Vollbeschäftigung wird gebraucht, um gesellschaftliche Bedürfnisse zu befriedigen und es Frauen und Männern gleichermaßen zu ermöglichen, über Arbeit ein angemessenes Einkommen zu erlangen. Das vom Europäischen Rat propagierte „Flexicurity-Konzept“ soll durch ein „Gute-Arbeit-Konzept“ ersetzt werden. Es geht um Lebensqualität, ökologische Erfordernisse und Wirtschaftsdemokratie.

Wir haben uns seit Jahren für eine wirksame Sozial- und Umweltunion engagiert. Ein Umbau des heute destruktiven Wachstums- und Stabilitätspaktes kann und soll die Prinzipien eines koordinierten Vorgehens der Mitgliedstaaten festlegen, um den Abbau von Arbeitslosigkeit und Armut, die Reduzierung des Verbrauches atomar-fossiler Energien und der Emission Klima schädigender Gase zu unterstützen. In konzentriertem Vorgehen soll die EU gemeinsam mit den Mitgliedsstaaten soziale, ökologische und kulturelle Mindeststandards als verbindliche Ziele festlegen. Parallel dazu sollen „Sozial- und Ökologiekorridore“ eingeführt werden: zum einen würden Länder mit ähnlichen Sozialleistungsquoten (Verhältnis der Sozialausgaben zum Bruttoinlandsprodukt), zum anderen Länder mit ähnlichen Ökoinvestitionsquoten (Verhältnis von Investitionen für ökologische Zwecke zum Bruttoinlandsprodukt) in Gruppen zusammengefasst. Für die Einhaltung der Korridor Grenzen – Beibehaltung und Anhebung der Quoten – müssen verbindliche Durchsetzungsmechanismen festgelegt werden.

Es muss sofort damit begonnen werden, Ressourcen zu mobilisieren, um ein Mindesteinkommen nicht unter 60 Prozent der durchschnittlichen Individual- und Haushaltseinkommen einzuführen.

### **Erste Schritte**

Wir fordern die Aufnahme des Rechts auf einen Existenz sichernden Mindestlohn bzw. eine die individuelle Existenz sichernde soziale Grundsicherung in die europäischen Verträge.

Sofort soll begonnen werden, unnötige Transporte, vor allem im Straßen- und Flugverkehr zu vermeiden und für Transporte auf der Straße die Geschwindigkeit zu begrenzen.

### **III. Für eine zivile und global solidarische EU**

Die große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger will, dass sich die EU für Frieden und friedliche Konfliktlösungen einsetzt und sich dafür engagiert, dass die Lage der global Ärmsten verbessert wird.

Die Bürgerinnen und Bürger brauchen einen gesamteuropäischen Wirtschafts- und Sozialraum, der keinen europäischen Staat ausschließt und auf einem vielfältigen bi- und multilateralen Vertragssystem basiert. Daher ist die EU zum Ausbau der Kooperation im Rahmen des

Europarats und der Organisation für Zusammenarbeit und Sicherheit in Europa (OSZE) gefordert. Sie muss eine enge, diskriminierungsfreie Partnerschaft mit ihren Nachbarstaaten entwickeln und insbesondere den Interessen Russlands, der Ukraine und der in der GUS zusammengeschlossenen Staaten Rechnung tragen.

Wir lehnen alle Versuche ab, eine EU-Aufnahme der Türkei mit Verweis auf so genannte religiöse Gründe auszuschließen.

Völkerverständigung, solidarische Hilfe und die Förderung der sozialen, politischen und kulturellen Menschenrechte sind die beste Friedenspolitik. Das schließt insbesondere das aktive Engagement für die Erfüllung der Millennium Development Goals ein (UN-Entwicklungsziele, die bis 2010 unter anderem die weltweite drastische Reduzierung schlimmster Armut, von Hunger, Krankheiten wie Aids/HIV, Malaria und Tuberkulose, gesundheitliche Versorgung und Bildung, Senkung der Mütter- und Säuglingssterblichkeit in den ärmsten Entwicklungsländern umfassen). Alle bestehenden Verträge und gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhandlungen, die nicht den Millennium Development Goals entsprechen, sollen einem Moratorium unterliegen.

Eine EU, die ihrer Verantwortung gerecht wird, setzt auf die demokratische Lösung globaler Probleme, den politischen und diplomatischen Dialog, auf finanzielle, wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit und die gezielte Unterstützung der Zivilgesellschaft. Das schließt auch die Pflege von normalen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und durch die USA diskriminierte Länder wie Kuba ein.

Gestützt auf die Forderungen der US-amerikanischen Friedensbewegung fordern wir eine von den imperialen Strategien der USA unabhängige, auf multilateraler Zusammenarbeit beruhende Friedens- und Kooperationspolitik der EU.

Wir setzen uns dafür ein, dass neue globale Vereinbarungen – insbesondere im Klimaschutz für die „Nach-Kyoto-Periode“ – getroffen werden, um dringliche ökologische Probleme zu mildern und zu lösen. Gemeinsam mit vielen Organisationen fordern wir, dass die EU angemessene Finanzmittel für die Armutsbekämpfung, sowie für den Klimaschutz und für Klimaanpassungsmaßnahmen in den Entwicklungsländern bereitstellt.

### **Erste Schritte**

Die EU muss unverzüglich die Auffang- bzw. Internierungslager, die „Wirtschaftsflüchtlinge“ und andere „Europas Prosperität und Sicherheit Gefährdende“ fernhalten sollen, auflösen.

Sie muss sofort ihre Militäreinsätze und Rüstungsexporte in Krisengebiete beenden, die Battle-Groups auflösen und ein Moratorium über die Europäische Sicherheitsstrategie verhängen.

Die EU soll beginnen, die US-amerikanischen Stützpunkte auf ihrem Territorium zu schließen und die USA drängen, ihr KZ Guantanamo zu schließen.

Die unabdingbare Einführung neuer Finanzierungsinstrumente wie z. B. eine Flugticketabgabe, die Devisentransaktionssteuer, die Kerosinsteuer und Steuern auf Rüstungsexporte können und sollen kurzfristig Finanzmittel für Hilfen an die global Ärmsten und für Umweltschutzmaßnahmen in den armen Ländern mobilisieren.

Die EU soll sich für demokratische und global gerechte Reformen von IWF und Weltbank und für zukunftsfähige Reformen der UNO engagieren.

**In diesem Jahr sind bereits folgende »Standpunkte« erschienen:**

1/2008

Hanno Balz

**„Sympathisanten“ als politisches Feindbild**

2/2008

Ulrich Schachtschneider

**Nachhaltigkeit in der Programmatik der Linkspartei: Eine Analyse zum Stand der Integration sozialer, ökologischer und ökonomischer Forderungen**

3/2008

Horst Dietzel

**Die neuen Parteiprogramme von CDU und SPD – ein Vergleich**

4/2008

Alexander Fischer

**Kinderarmut verhindern – aber richtig!  
Zur Rolle des Kindergelds bei der Bekämpfung der Armut von Familien mit Kindern**

5/2008

Martin Fochler

**Die CSU – das Modell einer “regierenden Partei“**

6/2008

Jan Korte

**“Kriegsverrat” – ein letztes Tabu des Umgangs mit dem Nationalsozialismus?**

7/2008

Wolfgang Grabowski

**Die Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) und die russische Außenpolitik**

8/2008

Irene Runge

**Ist die jüdische Einwanderung nach Deutschland am Ende?**

9/2008

Gregor Gysi

**Die Haltung der deutschen Linken zum Staat Israel**

**Alle „Standpunkte“ sind zu finden unter [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)**